

Kommunen können mithelfen

Familienpolitik. Die Betreuungszeiten in Kita und Schule, die Öffnungszeiten der Geschäfte oder die Abfahrtszeiten von Bus und Bahn – sie alle haben einen großen Einfluss darauf, ob der Familienalltag rundläuft. Vor allem aber machen familienfreundliche Zeitstrukturen es Müttern und Vätern leichter, in gewünschtem Umfang erwerbstätig zu sein. Die Kommunen können hier wichtige Unterstützung bieten.

Wenn die Kleinen aus dem Größten raus sind, wollen viele Eltern gerne (wieder) in den Job einsteigen oder die Arbeitszeit verlängern. Doch allzu oft stehen der Erwerbs-

tätigkeit diverse – vor allem organisatorische – Hindernisse im Weg. Das zeigt auch eine von der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult im Auftrag des Bundesfamilien-

ministeriums durchgeführte Befragung von 1.200 Müttern mit unter 15-jährigen Kindern.

Demnach sagte zwar selbst in Regionen mit einem florierenden Arbeitsmarkt gut die Hälfte der Mütter, die gerne (länger) arbeiten wollten, dass es keine passende Stelle für sie gäbe – in ländlichen Gebieten mit schwierigerer Arbeitsmarktlage betrug der Anteil sogar 65 Prozent. Doch oftmals scheiterte der Jobwunsch auch schlicht an praktischen Gründen (Grafik):

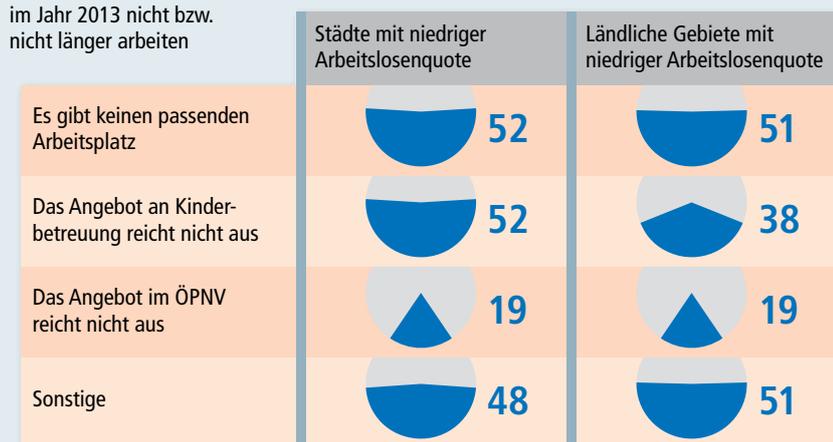
In ländlichen Regionen mit niedriger Arbeitslosigkeit konnten knapp 40 Prozent der Mütter 2013 nicht wie gewünscht länger als bisher oder überhaupt arbeiten, weil Kinderbetreuungsangebote fehlten – in den Städten waren es sogar 52 Prozent der Mütter.

Für jeweils 19 Prozent der befragten Frauen war der mangelhafte öffentliche Personennahverkehr der Grund, warum sie nicht in gewolltem Umfang erwerbstätig sein konnten.

Ein näherer Blick auf die Mütter, die vor allem mit der Betreuungssituation Probleme hatten, ergab →

Arbeitsmarkt: Mütter werden ausgebremst

So viel Prozent der Frauen mit Kindern unter 15 Jahren konnten aus diesen Gründen im Jahr 2013 nicht bzw. nicht länger arbeiten



Befragung von 1.200 Personen im Juli 2013
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iwkd 2

Inhalt

Insolvenzen. Die Zahl der Firmenpleiten ist 2014 auf den niedrigsten Stand seit 15 Jahren zurückgegangen.
 Seite 3

Fachkräfteengpässe. In vielen Berufen fehlt geeignetes Personal. Das IW Köln hat berechnet, wo der Ersatzbedarf besonders groß ist.
 Seite 4-5

Euro-Rettungsschirm. Direkte Kapitalhilfen sollen Krisenbanken retten. Die Bedingungen sind allerdings restriktiver als bei Krediten an notleidende Staaten.
 Seite 6

Langzeitarbeitslosigkeit. Noch immer suchen eine Million Menschen länger als ein Jahr nach einem Job.
 Seite 7

Weiterbildung. Absolventen einer Berufsausbildung haben viele Aufstiegsmöglichkeiten – etwa durch eine Fortbildung zum Meister oder Fachwirt.
 Seite 8

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

Präsident:
 Arndt Günter Kirchhoff
Direktor:
 Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
 Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ zum einen, dass die Frauen häufig mit den Kosten überfordert waren (Grafik). Mehr als zwei Drittel der Befragten in den Städten fanden die Betreuungsangebote zu teuer, auf dem Land war es gut die Hälfte. Zum anderen hatte aber auch der Faktor Zeit einen großen Einfluss:

Von den in der Stadt lebenden Müttern berichteten 72 Prozent, die Betreuungszeiten würden nicht zu den möglichen Arbeitszeiten passen – in ländlichen Regionen standen sogar mehr als 80 Prozent der Mütter vor diesem Dilemma.

Oft waren die Betreuungszeiten in Kitas und Schulen auch schlicht zu kurz und/oder es fehlte an Betreuungsmöglichkeiten in den Ferien.

Bei der Lösung all dieser Probleme sind auch die Kommunen gefordert. Städte und Landkreise müssen zum Beispiel nicht nur eine

Mehr Zeit für Familien: Vorbild Hanau

In der hessischen Stadt Hanau wurde bereits im Jahr 1998 ein lokales Bündnis für Familien gegründet. In diesem Projekt haben die Bündnispartner in den vergangenen Jahren diverse Projekte realisiert. Ehrenamtlich tätige Bürger betreuen etwa im Rahmen der „Zeitbrücken“ stundenweise Kinder berufstätiger Eltern oder entlasten unter dem Stichwort „Zeitinseln“ für zwei bis drei Stunden pflegende Angehörige. Und mit dem Projekt „Zeitfenster“ hat die Stadt unter anderem ihre Servicezeiten im „Stadtladen“ familienfreundlich erweitert.

ausreichende Zahl an Betreuungsplätzen für Kinder – oder auch an Pflegeplätzen – bereitstellen. Sie sind auch in der Pflicht, die Betreuungszeiten gegebenenfalls zu erweitern und mit den Arbeitszeiten der Eltern in Einklang zu bringen.

Weiterhin können die Kommunen etwa dafür sorgen, dass die Abfahrtszeiten von Bussen und Bahnen auf die Betriebszeiten der Unternehmen oder die Trainingszeiten von Sportvereinen abgestimmt werden.

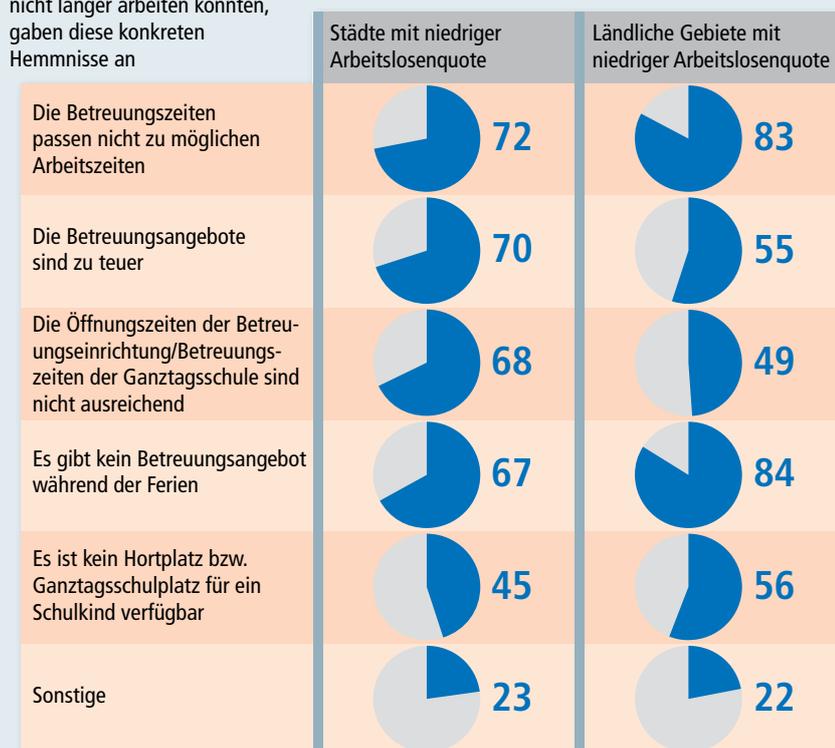
Nicht zuletzt können kommunale Behörden den Familien das Leben erleichtern, indem sie ein möglichst umfangreiches Online-Angebot zur Verfügung stellen und durch ein gutes Zeitmanagement Wartezeiten in den Ämtern verkürzen.

Einige Städte haben in Sachen Zeitpolitik schon vor Jahren neue Wege beschritten (Kasten). Um die Situation für Mütter und Väter weiter zu verbessern, haben sich 2013 insgesamt 39 deutsche Großstädte zur Initiative „Neue Zeiten für Familien“ zusammengeschlossen. Sie zielt darauf ab, die Zeitstrukturen in den Städten familienfreundlicher zu gestalten.

Zudem hatte das Bundesfamilienministerium 2012 gemeinsam mit fünf lokalen Bündnissen für Familien das Modellprojekt „Kommunale Familienzeitpolitik“ gestartet. Zu den im Rahmen des Projekts erarbeiteten und umgesetzten Maßnahmen zählt etwa der Betreuungs-Engpass-Notruf in Neu Wulmstorf bei Hamburg, der im Bedarfsfall unbürokratisch und schnell eine Betreuungsperson vermittelt. Und der Landkreis Donau-Ries hat einen Zeitatlas erstellt, der unter anderem aufzeigt, in welchen Gemeinden aufgrund zu kurzer Betreuungs- oder Ladenöffnungszeiten Zeitkonflikte für Familien entstehen. Damit können die Probleme zielgenau vor Ort gelöst werden.

Nadelöhr Kinderbetreuung

So viel Prozent der Mütter, die aufgrund mangelnder Kinderbetreuung im Jahr 2013 nicht bzw. nicht länger arbeiten konnten, gaben diese konkreten Hemmnisse an



Befragung von 1.200 Personen im Juli 2013
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwd 2

Konkurse haben keine Konjunktur

Insolvenzen. Zwar wird die deutsche Wirtschaft derzeit durch internationale Konflikte und die schwache Wirtschaft in Europa ausgebremst. Dennoch ist die Zahl der Insolvenzen auch im vergangenen Jahr weiter zurückgegangen – auf den niedrigsten Stand seit nunmehr 15 Jahren.

Im Vergleich zum ohnehin guten Jahr 2013 ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland 2014 noch einmal um fast 9 Prozent gesunken (Grafik):

Im vergangenen Jahr mussten nur noch 23.730 Firmen zum Insolvenzgericht – so wenige wie nie zuvor seit der Einführung des einheitlichen Insolvenzrechts im Jahr 1999.

Die wirtschaftlichen Schäden durch die Insolvenzfälle waren zwar mit rund 26 Milliarden Euro immer noch beträchtlich – doch auch dies ist der zweitniedrigste Wert seit gut zehn Jahren.

Diese Zahlen beruhen allerdings auf Hochrechnungen, denn bislang liegen nur die Daten bis einschließlich September vergangenen Jahres vor. Dennoch gibt es kaum einen Zweifel daran, dass sich der positive Trend der vergangenen Jahre fortsetzt: Von Januar bis September 2014 wurden 8,7 Prozent weniger Insolvenzverfahren eröffnet als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Dabei schnitten die alten Bundesländer nach Schätzungen der Wirtschaftsankunft Creditreform mit einem Rückgang um 9 Prozent noch ein wenig besser ab als Ostdeutschland, wo die Insolvenzzahlen um etwa 8,5 Prozent sanken. Damit gingen auch im Osten nicht einmal

Immer weniger Pleiten



Unternehmensinsolvenzen 2014: IW-Hochrechnung anhand der Zahlen bis September; wirtschaftliche Schäden: 2014 von Creditreform geschätzt; Quellen: Creditreform, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - Iwd 2

mehr halb so viele Firmen pleite wie noch vor zehn Jahren.

Dieser kräftige Rückgang scheint auf den ersten Blick nicht so recht zur derzeitigen deutschen Konjunktur zu passen – immerhin herrschte im zweiten und dritten Quartal des vergangenen Jahres mit Wachstumsraten von minus 0,1 und 0,1 Prozent Stagnation. Doch die rückläufigen Pleitenzahlen sind vor allem strukturell begründet: Die Unternehmen haben eine bessere Eigenkapitalausstattung als je zuvor in der Nachkriegszeit, und wenn es einmal eine Durststrecke gibt, schützt ein ordentliches Kapitalpolster vor der Insolvenz (vgl. Iwd 4/2014).

Ein weiterer Grund für die niedrigen Insolvenzzahlen ist die stabile Binnenkonjunktur: Auch in einem Exportland wie Deutschland ist das Gros der Unternehmen auf den heimischen Markt ausgerichtet. Das gilt insbesondere für die Dienstleister, den Handel und die Bauwirtschaft – in diesen Wirtschafts-

sektoren ist von Krisenstimmung bislang nichts zu spüren.

Aus statistischer Sicht spielt zudem die schrumpfende Zahl der Firmengründungen eine Rolle. Das hängt mit dem boomenden Arbeitsmarkt zusammen: Je mehr Jobs es gibt, desto niedriger ist in der Regel die Zahl jener Unternehmensgründungen, die nur aus der Not heraus vorgenommen werden, also mangels Alternativen. Und gerade diese Gründer drängen in die Bereiche Dienstleistungen, Gastronomie und Handel, was oft einen „Drehtüreffekt“ bewirkt – die einen rein, die anderen raus. Kommen aber weniger neue Firmen auf den Markt, werden auch weniger bestehende Betriebe durch Newcomer verdrängt.

Und schließlich gehen heute auch weniger junge Betriebe pleite. Bei den bis zu zwei Jahre alten Betrieben, die oft an einem nicht tragfähigen Konzept scheitern, fällt der Rückgang der Insolvenzfälle mit 17 Prozent am kräftigsten aus.

Einer geht, keiner kommt

Fachkräfteengpässe. In vielen Berufen fällt es Unternehmen heute schon schwer, geeignete Fachkräfte zu finden. Das Problem verschärft sich indes noch weiter, weil viele qualifizierte Mitarbeiter in Engpassberufen bald in Rente gehen. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln hat jetzt berechnet, in welchen Berufen der Ersatzbedarf besonders groß ist. 

Wenn bundesweit die Zahl der Arbeitslosen rein rechnerisch nicht ausreicht, um alle offenen Stellen zu besetzen, dann spricht man von Engpassberufen. Im September 2014 gab es davon insgesamt 139. Knappheiten am Arbeitsmarkt zeigen sich sowohl bei Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung als auch bei Arbeitskräften mit Fortbildungsabschluss und Akademikern (Grafik).

Insgesamt arbeiten derzeit 6,7 von 23,9 Millionen Fachkräften in Engpassberufen.

Die Alterung der deutschen Gesellschaft wird die bestehenden Knappheiten in vielen Berufen verstärken. Denn große Teile der Baby-boomer-Generation der 1950er und 1960er Jahre gehen in absehbarer Zeit in Rente: Mehr als 2 Millionen der 6,7 Millionen Beschäftigten in Engpassberufen haben bereits das 50. Lebensjahr erreicht. Damit ist ungefähr jeder Dritte in den kommenden 15 Jahren zu ersetzen, falls sich die Nachfrage nach Arbeitskräften nicht verringert.

Der Ersatzbedarf verteilt sich sehr unterschiedlich auf einzelne Berufe. Bei Berufskraftfahrern sind 230.000 von 529.000 Beschäftigten 50 Jahre und älter (Tabelle Seite 5). Das bedeutet, vier von zehn Mitarbeitern gehen in den kommenden 15 Jahren in Rente. Auch wenn Kraftfahrer derzeit nicht so rar sind wie andere Fachkräfte, werden zahlreiche Nachwuchskräfte benötigt, damit die Brummis weiter rollen.

In der Gesundheits- und Krankenpflege sind rund 30 Prozent beziehungsweise 175.000 der 568.000 Beschäftigten mit abgeschlossener Berufsausbildung 50 Jahre oder älter. Hier ist davon auszugehen, dass es nicht beim berechneten Ersatzbedarf bleibt. Denn durch die Alterung der Gesellschaft nimmt der Personalbedarf weiter zu – genauso wie in der Altenpflege.

Auch in den Metallberufen sind künftig viele Mitarbeiter zu ersetzen:

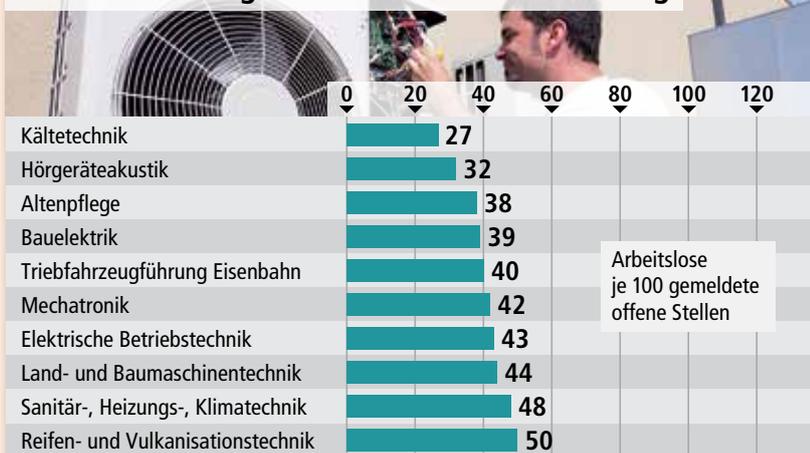
Im Metallbau sind 75.000 Fachkräfte mindestens 50 Jahre alt, in der spanenden Metallbearbeitung 52.000.

Engpässe lassen sich derzeit zwar auch in weiteren Berufen feststellen. Wenn hier Mitarbeiter in Rente gehen, dürften sich die Knappheiten jedoch altersbedingt nicht weiter verschärfen, weil die Unternehmen in den vergangenen Jahren ihr Ausbildungsangebot deutlich erhöht und so auf die (drohenden) Fachkräfteengpässe reagiert haben. Das gilt beispielsweise für den Mechatroniker – in diesem recht neuen Ausbildungsberuf sind drei von zehn Fachkräften jünger als 25 Jahre und es gehört nur jeder Zehnte zur Generation 50plus. Gleiches gilt für

Wo Fachkräfte fehlen

Ein Fachkräfteengpass liegt vor, wenn die gemeldeten Arbeitslosen rein rechnerisch die offenen Stellen nicht besetzen können. Da in der Regel nur etwa jede zweite offene Stelle bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet wird, geht man bereits dann von einem Engpass aus, wenn es je 100 gemeldete offene Stellen weniger als 200 Arbeitslose gibt.

Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung



Stand: September 2014; Berufe mit den größten Fachkräfteengpässen und mindestens 100 Arbeitslosen
Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iw-d 2 - Foto: spatesphoto - Fotolia.com

Hörgeräteakustiker, Kältetechniker sowie Land- und Baumaschinen-techniker.

Unabhängig von den jeweiligen Berufen sind vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) von Fachkräftengpässen betroffen. So arbeiten zum Beispiel acht von zehn Bauelektrikern, Altenpflegern sowie Fachkräften der Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik in KMUs.

Allerdings gibt es für die mittelständischen Firmen verschiedene Möglichkeiten, etwas gegen die Fachkräftengpässe zu tun:

Frauen. Die Unternehmen sind gefordert, Frauen und Männern gleichermaßen eine berufliche Entwicklung zu ermöglichen und dadurch den Personenkreis der potenziellen Mitarbeiter zu erweitern. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist damit wichtiger als jemals zuvor.

An- und Ungelernte. Es gibt mehr als 4 Millionen Beschäftigte in Helferberufen. Mit entsprechenden Maßnahmen können Unternehmen diese Mitarbeiter weiterqualifizieren und ihren Fachkräftebedarf so teilweise decken.

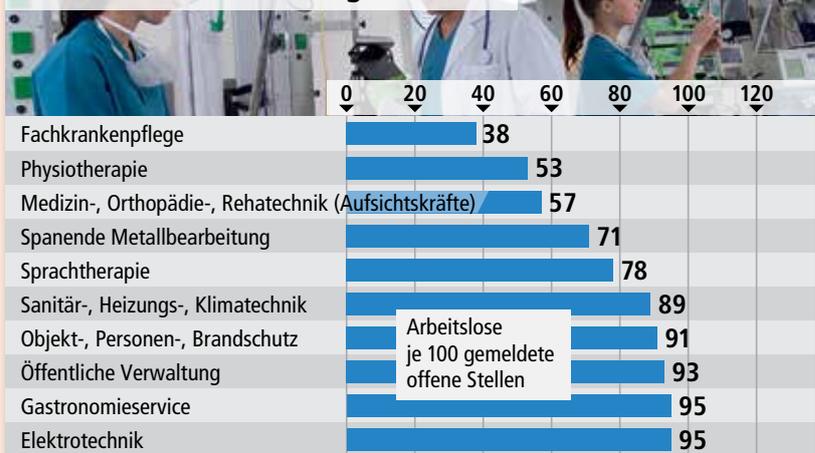
Internationale Fachkräfte. Insbesondere KMUs scheuen den Aufwand, um Fachkräfte aus dem Ausland zu werben. Dabei existieren Projekte wie beispielsweise das Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung, die den Firmen Unterstützung bieten – in Form von Handlungsempfehlungen und Best-Practice-Beispielen, an denen sie sich orientieren können.



Gutachten

Sebastian Bußmann, Susanne Seyda:
Fachkräftengpässe in Unternehmen –
Die Altersstruktur in Engpassberufen
Download unter: kofa.de

Personen mit Fortbildungsabschluss

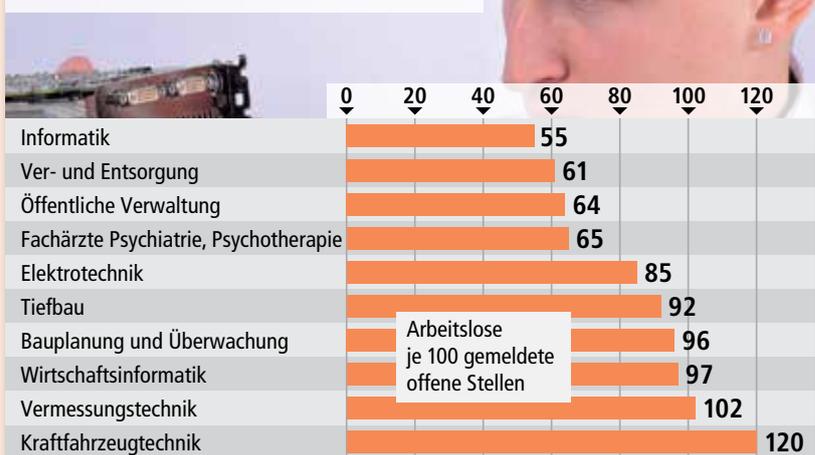


Stand: September 2014; Berufe mit den größten Fachkräftengpässen und mindestens 100 Arbeitslosen
Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwv2 - Foto: MEV

Personen mit Hochschulabschluss



Stand: September 2014; Berufe mit den größten Fachkräftengpässen und mindestens 100 Arbeitslosen
Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwv2 - Foto: kmlbak - Fotolia.com

Berufe mit hohem Ersatzbedarf

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Auszubildende im Dezember 2013

Abgebildet sind die Engpassberufe mit der höchsten absoluten Zahl von Beschäftigten ab 50 Jahren. Alle abgebildeten Engpassberufe setzen typischerweise eine abgeschlossene Berufsausbildung voraus.

Beruf	Beschäftigte insgesamt	Beschäftigte ab 50 Jahren
Berufskraftfahrer (Güterverkehr/Lkw)	529.209	229.792
Gesundheits-, Krankenpflege	567.790	174.523
Öffentliche Verwaltung	354.135	154.341
Maschinenbau-, Betriebstechnik	266.533	90.903
Metallbau	212.934	75.279
Altenpflege	221.323	69.396
Kraftfahrzeugtechnik	255.356	68.099
Bauelektrik	201.035	65.951
Spanende Metallbearbeitung	165.649	51.628
Technische Servicekraft Wartung, Instandhaltung	149.695	48.423

Berufe mit mindestens 100 Arbeitslosen
Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwv2

Erstmals direkte Bankenhilfe möglich

Euro-Rettungsschirm. Seit kurzem können europäische Krisenbanken direkte Kapitalhilfen aus dem Euro-Rettungsschirm erhalten. Da dies mit höheren Risiken verbunden ist als die Kreditvergabe an notleidende Staaten, sind die Bedingungen für die Bankenrettung deutlich restriktiver.

Ende 2014 sind einige neue Elemente der Euro-Stabilisierungsmaßnahmen in Kraft getreten. Neben der Übernahme der europäischen Bankenaufsicht durch die Europäische Zentralbank (EZB) am 4. November 2014 zählt dazu ein neues Hilfsinstrument des Euro-Rettungsschirms:

Seit dem 8. Dezember darf der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) unter bestimmten Bedingungen auch Krisenbanken direkte Kapitalhilfen geben.

Dieser Schritt geht zurück auf einen Gipfelbeschluss der EU-Staats- und Regierungschefs vom Juni 2012 – als die Euro-Schuldenkrise auf dem Höhepunkt war. Damals ging es vor allem darum, den Teufelskreis aus Banken- und Staatsschuldenkrisen zu durchbrechen. Um dies zu bewerkstelligen, soll der ESM Banken direkt helfen können, ohne den Umweg über eine Kreditvergabe an Staaten zu gehen – weil das deren Schulden nur noch weiter erhöht (vgl. iwD 18/2013).

Strikte Einsatzbedingungen. Als Vorbedingung der direkten Bankenunterstützung pochte vor allem Deutschland darauf, das neue Instrument erst wirksam werden zu lassen, wenn die EZB die zentrale Aufsicht über die Banken der Eurozone übernommen hat. Zudem

drängte die Bundesregierung darauf, die Einsatzbedingungen der Direkt-hilfen restriktiv zu gestalten: So darf der ESM nur Banken helfen, deren Probleme die Finanzstabilität der Eurozone oder eines Mitgliedsstaats gefährden können.

Gerät solch eine Bank ins Tauseln, wird sie zunächst von der EZB intensiv durchleuchtet. Anschließend ist ein von der EU-Kommission zu genehmigender Rettungsplan nötig, da der ESM nur lebensfähige Banken bei der Rekapitalisierung stützen darf.

Die ESM-Hilfe steht zudem am Ende einer langen Haftungskaskade und greift nur dann, wenn der Heimatstaat der notleidenden Bank nachweislich nicht in der Lage ist, die Bank zu retten. So müssen Eigentümer und Gläubiger einen Mindestbeitrag von 8 Prozent der gesamten Verbindlichkeiten leisten. Dann folgt der von den Banken finanzierte nationale Bankenrettungsfonds. Diese nationalen Töpfe sollen in den kommenden Jahren weiter gefüllt und in einen gesamteuropäischen Fonds überführt werden.

Die nächste Stufe der Haftungskaskade bildet der Heimatstaat der notleidenden Bank. Nur wenn er die Hilfe nachweislich nicht alleine stemmen kann, kommt der ESM ins Spiel. Gleichwohl muss der betreffende Staat in der Regel auch dann einen Eigenanteil leisten – zunächst in Höhe von 20 Prozent der Hilfgelder; nach zwei Jahren reduziert sich der Anteil auf 10 Prozent. Außerdem muss ein Reformprogramm für den gesamten heimischen Finanzsektor verabschiedet werden.

Euro-Rettungsschirm: Noch hohe Reserven

Kapitalausstattung und Ausleihen des permanenten Euro-Rettungsschirms

Angaben in Milliarden Euro

Stammkapital	701,9
davon eingezahlt	80,2
davon abrufbar	621,7
maximale Ausleihkapazität (die Differenz zum Stammkapital ist gesetzlich festgelegt und dient als Sicherheitsreserve)	500,0
bereits zugesagt und ausgezahlt an Spanien (Finanzsektorprogramm)	41,4
bereits zurückgezahlt	1,3
noch in Spanien gebundenes Kapital	40,1
bereits zugesagt an Zypern	9,0
davon bereits ausgezahlt	5,4
verbleibende Ausleihkapazität (500 minus 49,1)	450,9

Stand: Ende November 2014

Quellen: Bundesfinanzministerium, Europäischer Stabilitätsmechanismus

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwD 2

Risikobegrenzung. Weil es riskanter ist, Banken direkt zu helfen als einen Staat zu unterstützen, ist die Ausleihkapazität streng begrenzt. Für die Bankenrettung durch den ESM stehen 60 Milliarden Euro zur Verfügung – wesentlich mehr Geld, als derzeit durch Kredite an einzelne Länder gebunden ist (Tabelle):

Von den 500 Milliarden Euro, die der Euro-Rettungsschirm ausleihen darf, waren Ende November lediglich gut 49 Milliarden Euro verliehen – und zwar an Spanien und Zypern.

Der Teufelskreis zwischen Banken- und Staatsschuldenkrise wird aber auch durch die direkte Banken-hilfe nur dann durchbrochen, wenn die Banken künftig für Staatsanleihen hinreichend Eigenkapital zur Risikovorsorge zurücklegen müssen. Nur dann werden sie nicht weiterhin so stark wie bisher in Anleihen ihres Heimatlands engagiert bleiben.

Problem bleibt auf dem Tisch

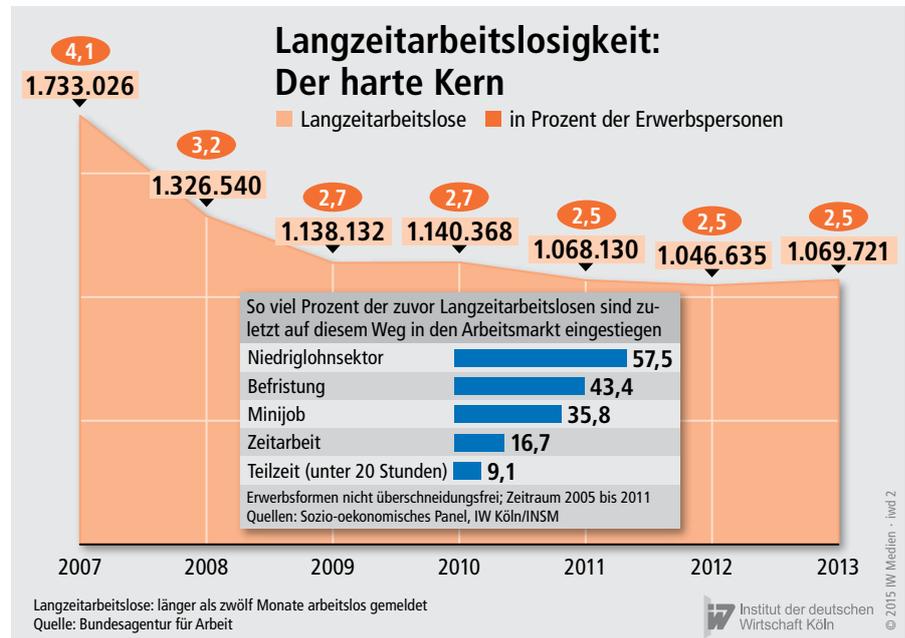
Langzeitarbeitslosigkeit. Von der Gesundung des deutschen Arbeitsmarktes haben auch viele Langzeitarbeitslose profitiert. Das Problem kann trotzdem nicht als gelöst gelten, denn noch immer suchen rund eine Million Menschen länger als ein Jahr vergeblich nach einem Job.

Zehn Jahre nach dem Start von Hartz IV müssen auch Kritiker einräumen, dass die Reform einen Beitrag zum deutschen Beschäftigungswunder geleistet hat – auch wenn man diesen Anteil nicht genau beziffern kann.

Dabei ist der Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt keineswegs an den Langzeitarbeitslosen vorbeigegangen, wie oft von Gewerkschaftern behauptet wird. Seit 2007 ist die Zahl der Personen, die länger als zwölf Monate ohne Job sind, um rund 700.000 gesunken (Grafik):

Allerdings existiert nach wie vor ein harter Kern an Langzeitarbeitslosen, der 2,5 Prozent aller Erwerbspersonen ausmacht.

Langzeitarbeitslosigkeit ist in Deutschland traditionell ein größeres Problem als in den meisten anderen europäischen Ländern. Während – gemäß der internationalen Definition von Arbeitslosigkeit – hierzulande rund 45 Prozent der Arbeitslosen ein Jahr oder länger ohne Job sind, beträgt der entsprechende Anteil in den Niederlanden und in Großbritannien jeweils 36 Prozent. Österreich kommt sogar lediglich auf 24 Prozent – und Frankreich, das gemeinhin nicht als beschäftigungspolitisches Vorbild dient, auf rund 40 Prozent.



Zum Teil ist das Phänomen durch den in Deutschland überdurchschnittlich stark regulierten Kündigungsschutz zu erklären. Dieser bewirkt zwar, dass in Krisenzeiten weniger Leute entlassen werden. Gleichzeitig sind die Unternehmen aber bei Einstellungen vorsichtiger, was dann zulasten der Arbeitsuchenden geht.

Klar ist, dass es Arbeitslose ohne Qualifikationen sehr schwer haben, einen Job zu finden. Eine naheliegende Lösung ist es, diese betroffenen Menschen zu qualifizieren. Derartige Anstrengungen werden auch vielfach unternommen. So investierten die Bundesagentur für Arbeit und der Bund im Jahr 2013 zusammen mehr als 1 Milliarde Euro in Weiterbildungsmaßnahmen.

Dennoch lässt sich nicht jeder Langzeitarbeitslose zu einem Experten umschulen. Der Arbeitsmarkt muss deshalb auch Arbeitsgelegenheiten für Geringqualifizierte bereithalten.

Eine Untersuchung des IW Köln zeigt: Wenn Langzeitarbeitslose einen Job finden, dann geschieht dies überdurchschnittlich häufig im Niedriglohnssektor.

Auch befristete Arbeitsverträge, ein Minijob oder die Zeitarbeit eignen sich für Langzeitarbeitslose als Tritt Brett auf dem Weg zurück in den Beruf.

Diese Arbeitsmarktsegmente müssten also gestärkt werden, wenn Langzeitarbeitslose bessere Einstiegschancen haben sollen. Stattdessen aber hat die Große Koalition das Gegenteil getan: Durch die Einführung des Mindestlohns, der seit dem 1. Januar 2015 gilt, und die bereits beschlossene Regulierung der Zeitarbeit werden Einstiegswege verbaut; bei Befristungen und Minijobs werden weitere Regulierungen diskutiert. Viele dieser Beschäftigungsmöglichkeiten werden mithin am Ende wegfallen, weil sie sich für die Unternehmen einfach nicht mehr rechnen.

Neue Perspektiven

Weiterbildung. Absolventen einer Berufsausbildung stehen viele Wege offen, um weiterzukommen. Sie können sich beispielsweise zum Meister, Fachwirt oder Techniker fortbilden.

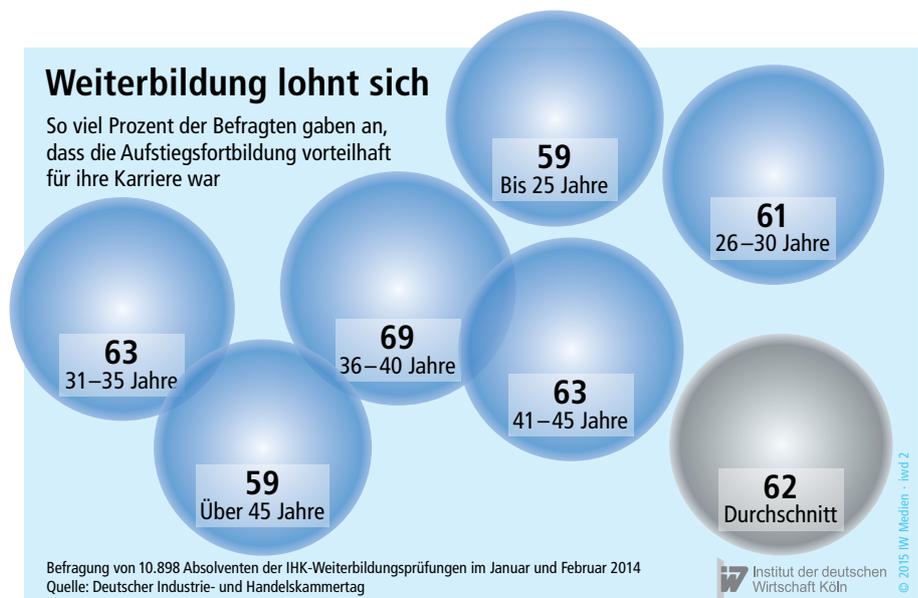
Ist die Schule beendet, stellt sich vielen jungen Menschen die Frage, ob sie an die Uni gehen oder eine Ausbildung machen sollen. Oft übersehen sie aber, welche beruflichen Möglichkeiten sich nach einer Ausbildung durch weitere Schulungen bieten. Laut einer Befragung des Deutschen Industrie- und Handelskammertags unter Absolventen von Weiterbildungsprüfungen erhöhen sich deren berufliche Chancen durch eine sogenannte Aufstiegsfortbildung (Kasten, Grafik):

Bei zwei Dritteln der 10.898 befragten Fortbildungsabsolventen war die Weiterbildung förderlich für die Karriere.

Für rund drei Viertel der Befragten machte sich der Abschluss

Weiterbildung lohnt sich

So viel Prozent der Befragten gaben an, dass die Aufstiegsfortbildung vorteilhaft für ihre Karriere war



durch eine höhere Position mit mehr Verantwortung bezahlt. Dazu bekamen nahezu 70 Prozent mehr Gehalt und gut 20 Prozent verzeichneten eine höhere Arbeitsplatzsicherheit.

In Zeiten knapper Fachkräfte ist die Weiterbildung der eigenen Mitarbeiter auch für Unternehmen von großer Bedeutung. Daher fördern viele Firmen diejenigen, die sich fortbilden wollen: Rund 35 Prozent der befragten Absolventen gaben an, dass ihr Arbeitgeber sie finanziell unterstützte, und nahezu 30 Prozent wurden teilweise von der Arbeit freigestellt.

Weitere Hilfe kommt von staatlicher Seite: Knapp die Hälfte aller befragten Absolventen wurde im Rahmen des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG) in Form von Zuschüssen und Darlehen unterstützt. Diese auch als Meister-BAföG bekannte Förderung gibt es für Fachkräfte, die einen Fortbil-

dungsabschluss machen wollen und noch nicht über eine gleichwertige berufliche Qualifikation verfügen. Sie bekommen während der Fortbildungszeit bis zu 1.332 Euro pro Monat vom Staat. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel will im Rahmen der neuen „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ das Meister-BAföG erhöhen.

Aufstiegsfortbildung

Eine Aufstiegsfortbildung ist eine Form der staatlich zertifizierten beruflichen Weiterbildung, die auf einer abgeschlossenen Berufsausbildung und anschließender Berufserfahrung aufbaut. Bei erfolgreich bestandener Prüfung darf sich der Absolvent zum Beispiel Fachwirt, Industriemeister, Fachmeister oder Techniker nennen. Diese Fortbildungsabschlüsse sind nach dem Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) formal einem Bachelorabschluss gleichgesetzt.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Aboservice: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.